

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Kretzschmar, in Leipzig: Eugen Ditt, S. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Rieger'sche, in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhdlg.

# Danziger Zeitung.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 29. März, 8 Uhr Abends.  
Berlin, 29. März. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde Artikel 22 mit dem Amendement des Abg. Kasper, welches die Straflosigkeit der wahrheitsgetreuen Reichstagsberichte feststellt, angenommen. Graf Bismarck erklärte sich gegen die Annahme. Artikel 23 mit dem Amendement des Abg. Baumgarten, welches den Reichstag ermächtigt, Petitionen dem Bundesrathe zu überweisen, wurde angenommen, desgleichen Art. 24 mit dem Amendement des Abg. v. Unruh, betr. die Aufnahme der Bestimmungen über Vertagung u., die für den preussischen Landtag gelten.

Berlin. Die „Nord. Allg. Ztg.“ enthält folgende offiziöse Notiz: „Die Voraussetzung eines hiesigen Blattes, daß dem preussischen Landtage in seiner nächsten Session eine Regierungsvorlage über Abänderung des Wahlgesetzes für das Abgeordnetenhaus nach der Norm des Gesetzes für die Wahlen zum gegenwärtigen Reichstage zugehen werde, ist unbegründet. Die Regierung hat, sicherem Vernehmen nach, diese Frage noch nicht in Erwägung gezogen.“

L. C. Berlin, 28. März. Die bevorstehende Reise des Fürsten Carl von Rumänien zur Kaiserkrönung nach Pesth scheint uns das Zeichen eines Arrangements in der orientalischen Frage zu sein, welches die Erhaltung des Friedens für einige Zeit verbürgt. Der Fürst Carl hat diesen Schritt offenbar nur in Uebereinstimmung mit dem Berliner Kabinet gethan, und somit scheint dieses den Plänen Oesterreichs zur Ausdehnung seiner Macht nach Osten zuzustimmen. Wenn sich die Donaufürstenthümer und ebenso Serbien fest an Oesterreich anlehnen, und dieses wieder von Preußen unterstützt wird, so ist das für Rußland ein Zeichen, daß es seine Pläne auf Annectirung der Türkei auf einige Zeit fallen lassen muß. Ob die Fürsten von Rumänien und Serbien in Pesth mit dem Kaiser von Oesterreich sich über die Grundlagen eines solchen engen Anschlusses verständigen werden, läßt sich allerdings nicht voraussagen, aber wenn von beiden Seiten der gute Wille dazu da ist, so läßt sich ein Resultat der Verhandlungen nicht bezweifeln.

[Zur Arbeiterfrage] schreibt Fr. Hartort in der „Dag. Zeitung“:

Die Wahlen zum Reichstage mahnen an die Fragen Goethes: „Ist das Volk wirklich erwacht? weiß es, was es will und vermag?“ Wer eine sociale staatliche Forderung stellt, muß ein erreichbares Ziel klar vor Augen haben, nur eine tüchtige allgemeine Bildung befähigt die Menge des Volkes dazu. Wie steht es nun mit der Weisheit der Arbeiter, denen als allgemeine Stimmrecht die schuldige Theilnahme am politischen Leben der Nation gewährt? Manche Wahlresultate geben eine nicht erfreuliche Antwort. Die Anhänger der Lehre Lassalles stimmen für den, welcher die Staatshilfe für sie in Anspruch nehmen will und dazu gelobene Verge verheißt. Treten wir der Sache näher.

Wir verstehen unter Staatshilfe die Pflicht des Staates, Schutz gegen den äußeren Feind und Sicherheit des Eigentums, Gleichheit vor guten Gesetzen, tüchtigen Unterricht für alle Klassen zu gewähren; freie Bewegung der Person und der Arbeit zu gestatten und zu Wasser und zu Lande rasche und billige Verkehrsmittel herzustellen und gemeinnützige Vereine sich frei entwickeln zu lassen.

Ziel bleibt in diesen Dingen noch zu wünschen übrig, und wer an die Erfüllung mahnt, der ist ein Freund des Volkes und der Regierung. Wer die Steuern zählt, hat ein Recht, über deren nützliche Verwendung mit zu wachen. Wollen die Arbeiter zu ihrer Vertretung Jemand aus ihrer eigenen Mitte wählen, um die Staatshilfe in diesem Sinne in Anspruch zu nehmen, so sind sie in ihrem Rechte. Gehen indeß die Ansprüche so weit, directe Unterstützung aus Staatsmitteln, Arbeit, Feststellung der Löhne u. s. w. zu begehren, so ist der Advokat derselben ein Volkverwirrer, der unaussprechbare Dinge vorpiegelt und aus der Tasche der Leichtgläubigen Leben will! Der Staat hat kein anderes Geld als was das, welches er aus den Taschen der sämtlichen Steuerzahler nimmt; Jeder ist also bei einer sparsamen Verwaltung interessiert und wünscht sicher keine Steuererhöhung, die unmittelbare Folge der Unterstützung einzelner Klassen sein würde!

Da heißt es: ja nicht die Arbeiter und kleinen Leute sollen beitragen, sondern die Reichen müssen opfern! Wie viele reiche Leute giebt es da und was vermögen sie?

Berlin zählt 600,000 Einwohner und darunter befinden sich 650 Rentner und Particuliers; also ungefähr 1 auf 1000. Nehmt Jedem 100,000 Thaler, dann fallen auf den Kopf der Masse 5 Silbergroschen! Allein der Vogel wird vor der Theilung ausfliegen und seine Zinsen im Auslande verzehren; das Kapital wandert aus, Hypotheken werden gekündigt und Kredit und Verkehr sinken und der Arbeiter kommt aus dem Regen in die Traufe!

Und würde eine Goldgrube entdeckt, wie soll das Geld vertheilt werden? An die Arbeiter der Städte? Nur ein Drimtel der Bevölkerung wohnt in den Städten. Im Staate werden 2 1/2 Mill. Handwerker und selbstständige Handarbeiter gezählt; dagegen beschäftigen sich 8 1/2 Mill. mit dem Landbau und 1 1/2 Mill. dienen als Gesinde. Wer sorgt denn für diese? Sollen die 10 Mill. Steuern von ihrem knappen Verdienste, um jenen 2 1/2 Mill. ein sorgenfreies Leben zu sichern? Nur ein Thor kann darauf Anspruch erheben! Einstweilen wird wohl jeder gesunde Mensch für sein eigenes Brod selbst sorgen müssen. Ueber die Hilfsmittel dazu werden wir uns im folgenden Blatt verbreiten.

[Friedr. Hecker über die Kleinstaatserei.] Fr. Hecker hat einen zweiten Brief an die Redaktion der „Illinois Staats-Z.“ über die deutsche Kleinstaatserei gerichtet, dem wir nach der „Dr. Z.“ folgende Stellen entnehmen: „Lassen

Sie und die Herren, welche die Ritter der Kleinstaatserei spielen, eines Näheren betrachten. Da ist vor Allem die Kleinstaatsliche Bureaucratie. Betrachten Sie sich einmal diesen „unglückseligen Baral Kalsch Sohn“. Nachdem er 8—10 Jahre Particpal-Constructionen à la Ludwig von Bayern geleistet, von der Purpur-Diade des byzantinischen Kaisers bis zur Käsehandel-Licenz sich durchgepaukt und endlich aus dem Staatsexamen, mit dem Schiboleth, ausgeschlüpft: „Immer besser der Letzte unter den Bestandenen als der Erste unter den Durchgefallenen“, beginnt die Hertulesarbeit im Kleinstaatslichen Anziastalle der Kleinstaatslichen Gesetzgebung. Zwei Kleinstaat Regierungsblätter, Administrativ-Verordnungen, Accise, Fluß, Zoll, Bergwerk, Gültenerwerb, Land-, Lehen-, Kirchen-, Criminal-, Polizei-, Prozeß-, Gemeindegewalt-, Ver-, Zer- und Unordnungen. Alles einzupressen in einen einzigen armen Menschenhäufel mit dem Bewußtsein: „Eine Stunde von hier ist die Grenze, dort bist Du ein — Rindvieh, denn dort ist derselbe Kram, aber anders, anders.“ Und nun diese Mißere nicht bloß 30fach, sondern auch noch „staudesherlich“ in vermehrter und verwässerter Auflage, — das ganze Chinesenthum mit allen seinen hunderttausenden von Verordnungen vom Staatsrecht bis zum Hundesfleischverbot und vom Cerimonell mit dem Pops bis zur Vastonade ist ein Betelmännchen gegen diese Kleinstaatsliche Fülle. So treibt er's, bis endlich 40 Diensthörner des armen Gehegten ihn in die vegetative Carriere der Pension führen, wenn er es überhaupt erlebt. Lange macht er's auch in dieser selten mehr und schließlich sein Leben wie andere Infusorien, nur mit dem Vorwort: „Hofrath, Staatsrath, Oberamtmann, Geheimrath“. Nun denken Sie sich, welche Legionen von Kleinstaatlichen, Bäckergischen, Pippischen, Lichtenstein-Babuzischen u. s. w. Hofrathen plöglich „Quirites!“ (Bürger!) angerufen werden müssen, wenn die Kleinstaatliche und andere salva venia Herrlichkeit aufhört. „Was bin ich, wenn ich nicht mehr Kleinstaatlicher Hofrath, Staatsrath, Excellenz u. s. w. bin?“ Denn das ist klar, daß in einem Kleinstaat solche Legionen von Kleinstaatlichen eine Unmöglichkeit sind. Welche Wonne für einen Geheimrath von Carolinens Kleinstaatlicher Gnade, wenn er im Russischen Hof in Frankfurt ins Fremdenbuch einschrieb: „Danz Stoffel, Geheimrath“ und der ihm beim Einschreiben über die Achsel blickende Oberkellner angenehm erschreckt, sofort commandirte: „Zwei Wachlichter auf Nr. 7“ — während der Denker, der Mechaniker, der den Sammel Hunderttausender mit seinem Genie erleuchtete, in die Dachstube Nr. 217 mit einem Talglöckchen gewiesen wurde. Haben wir dieses reactionäre Geschmeiß nicht 1848 vollkommen kennen und würdigen gelernt? Waren sie nicht die tödtlichsten Feinde jeder wahren freiheitlichen Bestrebung. Die Kleinstaatlichen Bureaucraten haben sich in ihre Bureaucratie so eingefressen, daß es ihnen vor dem großstaatlichen Horizont ebenso hangt, als einer Landratte vor dem weiten Horizont des Oceans. Und währenddem, daß der Arbeit, dem Handel und Verkehr, der freien Bewegung der Arbeit nur Hungertage im engen Kreise blühen, während sie in ferneren Gebieten lohnend wäre, schreit dieses engherzige Pack wie der Schollenhüpfervogel: „Scholle, Scholle!“ Das ist das Geheimniß großer freier Nationen: wie hier in diesem amerikanischen großen freien Vaterlande: „Glück ist nicht in New York, versuchen wir's in Missouri oder Nevada oder Californien, ohne Leimathscheln, Paph, politische Erlaubniß und Polizeifisch.“ Die Kleinstaaterei ist in Bezug auf die Staaten dieselbe Widerei und Kleinliche Erdarmlichkeit, was die Kleinstaaterei in kleinen Städten ist. Dieselbe Engherzigkeit, dieselben elenden Intriguen, derselbe Staatsklast und Watsch. — Mit Recht sagt man von Deutschland: „Je kleiner der Herr, desto größer der Drud.“ Die Kleinstheit und Kleinlichkeit der Verhältnisse, die Langweile und der enge Gesichtskreis trieb sie, in jeden Topf zu gucken, der auf dem Feuer stand. Zwischen dem Residenzclatsch der kleinen Höfe und dem Kaffeeklatsch der Residenz-Madamen und der anderen Kester lag der Unterschied nur wie zwischen Rio-Kaffee und Eichorie.

Unsere ganze Darstellung (und das, mein Freund, bitte ich bei diesen Briefen im Auge zu behalten) geht darauf aus, die ganze verderbliche Einwirkung der Kleinstaatserei von ihrem Entsetzen an, in ihrer Fortbildung und bis zum heutigen Tage auf das Leben, das Wesen, die Entwicklung und Größe der deutschen Nation nachzuweisen, zu überzeugen, daß sie untergehen muß, wenn die Nation aufgehen soll, und dann zu zeigen, daß: „ist sie erst weg, wir zur Freiheit kommen müssen.“ Wir sind überzeugt, daß man uns mit hinesisch-deutschen Stinklappen deshalb angreifen wird; aber wir haben, Gott sei Dank, eine gute große Nase, und den Vortheil vor Ulrich Hutten voraus, daß wir dann die epistolae obsecratorum virorum nicht selber zu schreiben brauchen. Die viri obscari werden sie für uns schreiben.“

In der Armee haben in letzter Zeit Anstellungen von Offizieren aus früher österreichischen und württembergischen Diensten stattgefunden.

[Die Luxemburgische Frage] staelt das Nationalgefühl des deutschen Volkes heftig auf. Daß zwischen Holland und Frankreich Verhandlungen wegen Luxemburgs stattfinden, läßt sich nach den übereinstimmenden Mittheilungen von verschiedenen Seiten nicht mehr bezweifeln. Selbst die französischen Officiellen, die früher widersprachen, müssen das jetzt zugestehen. Man schreibt der „Magdeburger Ztg.“ aus Paris: „Bin ich gut unterrichtet, so hat das Tuilerienecabinet die Unterhandlungen — vor etwa vierzehn Tagen — dadurch eingeleitet, daß es in Berlin, anfrag, ob es, im Falle einer Abfindung mit Holland, auf die Einwilligung Preußens zählen könne. Die Antwort soll eine provisorisch anzuwendende gewesen sein, da man vor allen Dingen die Intentionen des Souveräns des Landes kennen müsse. Seitdem gehen die Unterhandlungen ihren Gang, und die französische Regierung soll gleichzeitig bemüht sein, sich die formalen Ar-

gumente dafür zu verschaffen, daß die Bevölkerung des Landes gern — französisch werden möchte. Mit der größten Zaverficht behauptet man, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Paris und Berlin nicht im Entferntesten gefährdet seien, welches auch immer das Resultat der Unterhandlungen sein möge. Anders im Publikum, das sich die Situation mit jedem Tage schwärzer ausmalt. Es scheint heraus zu fällen, daß das Empire vor die Wahl zwischen einem möglichen Frieden und einem höchst gefährlichen Kriege gestellt ist. Die feindlichen Parteien heuten dieses Gefühl aus, und wenn sie patriotische Klageschreie ausstoßen, so geschieht es nicht sowohl aus Kriegslust oder etwa aus Haß gegen Preußen, sondern um das Empire in eine halbbrecherische Aventure hineinzutreiben. Am Hofe selbst fehlt es auch nicht an einer Kriegspartei, die es vorziehen würde alles auf eine Karte zu setzen, anstatt an innern Schwierigkeiten sichern Schiffsbruch zu leiden.“

Kiel, 27. März. Die Aushebung vom letzten Januar und Februar ist, dem neuesten Stück des „Verordnungsblattes“ zufolge, als Rekrutenstellung für 1866 anzusehen. Für 1867 wird das Kreis-Ersatz-Geschäft im Juni und Juli und das Departements Ersatz-Geschäft im August und September stattfinden.

Frankreich. Paris. Die „Liberté“ bringt folgenden Aufsatz: „Eine große Anzahl von Briefen kommt uns von Seiten unserer Abonnenten und Leser in Paris mit der Aufforderung zu, in unseren Bureau Unterschriften für eine Petition entgegen zu nehmen, die sich, ähnlich wie die Petition der Bewohner von Turny, gegen das Armee-Reorganisations-Proiect in seiner vorliegenden Form aussprechen soll. Wir müßten kein Gedächtniß haben, wenn wir auf einen solchen Vorschlag eingehen würden. Denn wir erinnern uns sehr wohl, daß, als im April 1860 die „Presse“ das Auflegen einer Petition gegen das Gesetz vom 31. Mai, das von neun Millionen Wählern drei Millionen stich, gestattet hatte, sie zu 5000 Fr. Geldbuße verurtheilt wurde, die ihr am 2. Decbr. 1861 nicht zurückbezahlt wurden. E. de Girardin.“ Wie die „Liberté“ anzeigt, wird in dem „Maconnais“, wo die Bevölkerung gleichfalls im Abnehmen ist, eine Petition unterschrieben, welche mit den Forderungen der Petition von Turny übereinstimmt.

Die Prüfungs-Commission des gesetzgebenden Körpers will nicht Lamartines Schulden bezahlt wissen, sondern statt 400,000 Fr. ihm eine lebenslängliche dreiprocentige Rente von 25,000 Francs, die unübertragbar sein soll, bewilligen.

Italien. Rom, 20. März. (Augsb. Allg. Z.) Die letzte Nummer der „Roma del Romani“ enthält ein Namens-Verzeichniß der Personen, welche vom 23. Januar bis zum 28. Februar aus politischen Gründen verhaftet worden sind. Das Verzeichniß zählt 82 Männer und 6 Damen. Die Zahl der Hausdurchsuchungen ist so groß, daß darüber nicht genau Buch geführt werden kann.

Provinzielles.  
+ Thorn, 23. März. Die Weichsel ist eisfrei und vorgestern haben sich wieder Rähne nach Polen begeben. Die Saatlelder haben durch den in diesem Monat eingetretenen Nachwinter im Ganzen wenig gelitten und versprechen dieselben nach ihrem heutigen Stand ein günstiges Ernteresultat. — Zwei hiesige kirchliche Gemeinden haben heute Verluste gehabt. Verstorben ist nämlich der Pfarrer der neustädt. evangel. Kirche Dr. Güte, welcher hierorts i. J. 1817 als außerordentlicher Lehrer am Gymnasium fungirte, 1819 an das Gymnasium zu Danzig berufen wurde, von wo er i. J. 1824 zurückkehrte, um das Pfarramt an besagter Kirche zu übernehmen. Er war ein wegen seiner Kenntnisse, Toleranz und Humanität allgemein geachteter Mann und sehr beliebter Geistlicher. — Von der hiesigen Synagogen-Gemeinde ist heute ihr Rabbiner und Prediger Hr. Dr. Rahmer geschieden, um in gleicher Stellung in Magdeburg zu fungiren. Auch er erfreute sich in einem großen Kreise der hiesigen Bevölkerung einer wohlverdienten Hochachtung, zumal bei seinen Glaubensgenossen, von denen eine respectable Anzahl ihn gern durch ein Festmahl ehrte. Sein Abgang von hier wird von der Gemeinde sehr bedauert. — Beim hiesigen Gymnasium treten am Schluß des Wintersemesters drei Vacanzen ein, da ein ordentlicher und zwei außerordentliche Lehrer abgehen.

Königsberg, 29. März. (R. S. Z.) Gestern verhandelte der Criminal-Senat des hiesigen Ostr. Tribunals in der Untersuchungs-Sache wider den Kaufmann Rudnicki aus Memel, welcher wegen Verleumdung des dortigen Landraths Dr. Schulz angeklagt, vom Kreisgericht in Memel aber freigesprochen wurde. R. wurde bezichtigt, in einer notariellen Erklärung, die seiner Zeit im Abgeordnetenhaus vorgelegt und bei der Prüfung der Gültigkeit der Wahl des Landraths Sch. als Abgeordneter besprochen wurde, unwahre Thatsachen behauptet zu haben. Auf die gegen das freisprechende Urtheil seitens der Staatsanwaltschaft eingelegte Appellation resolvirte das Ostr. Tribunal schon in einem früheren Termine auf Vernehmung von Zeugen, und als diese in dem gestrigen Termine erfolgt war, änderte dieser Gerichtshof das erste Urtheil ab und verurtheilte den R. wegen Verleumdung, aber nicht öffentlicher, wie es die Staatsanwaltschaft wollte, die auf sechsmonatliche Gefängnißhaft zu erkennen beantragte, zu 3monatlicher Gefängnißhaft.

Schiffs-Nachrichten.  
Abgegangen nach Danzig: Von Glasgow, 25. März: Jane Knox, Knor; — von Liverpool, 24. März: Mary, Wilson; — Maggie u. Helen, McCulloch; — von Middlebrook, 25. März: Starbeam, Mountain; — John Duncan, Joiner; — von Alva, 23. März: Petrel, Findlay; — Favonville, Findlay; — Dipray, Nicol; — Baynes, Bayne; — 24. März: S. Margarethe, Freier.

Angekommen von Danzig: In Liverpool, 25. März: Königin Elisabeth. — In See angesprochen: Das preussische Schiff „Emma“, von Liverpool nach Memel, den 20. März auf 49° 38' N. Br., 30° W. Lge., durch das Schiff „Bazel“, v. Dapn, von Batavia in Texel angekommen.

Verantwortlicher Redacteur: P. Rikert in Danzig.



